

DIE PROFITE DER KAPITALISTEN STEIGEN -

DIE REALLOHNE DER ARBEITER SINKEN !

Drei Monate nach dem Lohn- und Preisakt Nr.2 liegt sein Ergebnis, das wir bereits im September vorausgesagt haben, vor uns: Die steigenden Preise haben die 6%ige Lohnerhöhung zunichte gemacht, der Reallohn ist tiefer gesunken - aber die Profite der Kapitalisten steigen weiter. Um diese Tatsache festzustellen, brauchen die Arbeiter und Angestellten kein wissenschaftliches Zahlenmaterial, sie bemerken es bei jeder Lohn und Gehaltsauszahlung, daß sie sich darum immer weniger kaufen können. Sie bemerken aber auch tagtäglich, daß die Kapitalisten immer fetter, immer mächtiger und frecher werden. Die österreichische Bourgeoisie und ihre Partei, die ÖVP, hat es verstanden, alle Belastungen, die durch sechs Jahre Krieg und dreieinhalb Jahre Besetzung entstanden sind, auf die arbeitenden Massen abzuwälzen.

"Das Wunder an der Donau"

So nennt die internationale kapitalistische Presse den "Wiederaufbau" in Österreich. Die "A.Z." versäumt nicht hinzuzufügen, daß dieses "Wunder" in erster Linie der SP zu danken ist. Und es ist richtig, ohne Unterstützung durch die SP-, KP- und Gewerkschaftsführung wäre es den Kapitalisten niemals gelungen, ihre alten Positionen in Wirtschaft und Staat wieder einzunehmen.

Die Produktion hat 1948 die Höhe von 1937 wieder erreicht. Wenn auch die Ergiebigkeit der Arbeit noch weit zurückbleibt (1937 gab es 300.000 Arbeitslose und 1948 ist der Beschäftigtenstand um 500.000 höher als der Normalstand von 1937), so ist das auf den ersten Blick, verglichen mit 1945, ein großer Schritt nach vorwärts. Aber schon bei der Aufgliederung der Produktion in die von Produktionsmitteln und Konsumgütern, können die Arbeiter erkennen, wem die Produktionssteigerung in erster Linie zugute kam. Die Produktion von Produktionsmitteln beträgt 148%, die von Konsumgütern 60% (1937 - 100%). Die Produktionssteigerung drückt sich in erster Linie im Wiederaufbau des kapitalistischen Produktionsapparates aus. Den Kapitalisten ist es gelungen, ihre zerstörten Fabriken und Maschinen wiederherzustellen auf Kosten der Warenproduktion für den Massenkonsum.

Die wirtschaftliche Stärkung der Kapitalistenklasse zeigt sich auch im Klassenkampf. Sie drückt sich aus in den steigenden Profiten auf der einen und in dem immer weiteren Absinken des Reallohnes auf der anderen Seite. Sie drückt sich aber auch in der Machtstellung in Staat und Wirtschaft aus. Die Vertreter des Industrie- und Handelskapitals - Joham, Raab, Margaretha, Kienböck - sind wieder zu den allmächtigen Herren in Österreich geworden. Sie sind es, die bestimmen, was, wieviel und zu welchen Preisen produziert wird. Sie, die konsequentesten und klarsten Vertreter der Kapitalistenklasse sind es, die die Unternehmer-Organisationen, die Handelskammer, den Industriellenverband und die Banken beherrschen, sie sind es, die die Kredite und Investitionen lenken und die Bildung von Kartellen fördern.

Auch der Handel, vor allem der Großhandel strebt immer mehr der Kartellisierung und Monopolisierung zu. Dazu schreibt Waldbrunner: "Das Großverdienertum, das sich oft unter geschickter Ausnutzung der Bewirtschaftungs- und Verteilungsorganisation breitmacht, sucht sich die Verdienstmöglichkeiten durch Handelsmonopole und Preiskartelle zu sichern." ("Die Zukunft" Nr. 11/48)

Bleiben die verstaatlichten Betriebe. Hat nicht wenigstens hier die Arbeiterklasse ihren Einfluß durch ihre Parteien und die Gewerkschaften gewahrt? Die Kapitalisten, die die Macht im Staate wieder fest in ihren Händen haben, haben selbstverständlich auch die verstaatlichten Betriebe, die in jeder Hinsicht vom privatkapitalistischen Markte abhängig sind, in ihren Händen. Genau so wenig wie sich durch die Teilnahme von Sozialisten oder Kommunisten an kapitalistischen Regierungen am kapitalistischen Grundcharakter des Staates etwas ändert, genau so wenig ändert sich durch die Verstaatlichung von Betrieben in einem kapitalistischen Staat etwas an deren kapitalistischem Charakter, wenn ein paar Aufsichtsräte in den verstaatlichten Betrieben von SP-, KP- und Gewerkschaftsbürokratie besetzt werden.

Wenn wir alle diese Tatsachen in Rechnung stellen, so sehen wir, die Weltbourgeoisie hat recht, wenn sie den kapitalistischen "Wiederaufbau" in Österreich mit einem "Wunder" vergleicht. Die österreichischen Kapitalisten haben aus dem Zusammenbruch ihres Staates 1945 gerettet, was zu retten war: ihren Staat, ihre Fabriken und Maschinen, ihre Profite - die österreichischen Arbeiter mußten diese Rettung, dieses "Wunder" bezahlen durch ihren Reallohn, der kaum 50% von 1937 beträgt.

Das Budget des "sozialsten Staates in Europa"

In den letzten Wochen wurde im Nationalrat und im Budgetausschuß der Rechnungsabschluß für 1947 und der Voranschlag für 1949 beraten. Die SP-Bürokratie wird nicht müde, bei jeder neuerlichen Belastung der breiten Massen durch Steuern und Abgaben zu erklären, daß Österreich nicht nur zu den Ländern mit den höchsten Steuern, sondern auch zu den Ländern mit den höchsten sozialen Leistungen gehört, Österreich sei der sozialste Staat Europas.

Wie setzt sich nun dieses Budget zusammen, wer muß für die Millionen, die der Staat jährlich ausgibt, aufkommen? Beim Rechnungsabschluß 1947 kam heraus, daß der Finanzminister die Ausgaben um mehr als zwei Milliarden überschritten hat, ohne daß der Nationalrat darüber befragt worden wäre. Das bedeutet einen Bruch der Verfassung, über den die Redner der "Arbeiterparteien" mit einigen Worten des Protestes hinweggingen. Aber auch sonst hat es sich der Finanzminister der Bourgeoisie leicht gemacht. Er änderte die Ausgaben für die Förderung der Landwirtschaft von einer Million auf mehr als 46 Millionen. Dagegen setzte er die Ausgaben für den Wohnungsbau für Landarbeiter um 2/3 herab. Für die Bergbauernhilfe, für die sechs Millionen vorgesehen waren, wurde kein einziger Schilling ausgegeben. Auf der anderen Seite wurden die Ausgaben für die Spanische Reitschule verdoppelt. Von den Erträgen der Arbeitslosenversicherung blieben 222 Millionen übrig, die für die Kriegsofferfürsorge verwendet wurden. Diese paar Zahlen zeigen deutlich, wie frech die Bourgeoisie und die hohe Staatsbürokratie geworden sind. Sie ändern das Budget nach ihrem Gutdünken, auf Kosten der Bergbauern und Landarbeiter sanieren sie die Großbauern und die Spanische Reitschule, die Arbeitslosenversicherungsbeiträge der Arbeiter und Angestellten verwenden sie einfach wie eine Steuer. Wir sehen, die Bourgeoisie kann es sich in ihrem Staate richten, sogar wenn sozialistische und - wie bis zum Herbst 1947 - kommunistische Minister in der Regierung sitzen. Was wird sie sich erst alles "richten", was nicht in die Öffentlichkeit kommt, sondern Geheimnis der Ministerialräte und Sektionschefs bleibt?

Und wie sieht der Voranschlag für 1949 aus? An direkten Steuern sind 1,8 Milliarden Schilling voranschlagt. Davon zahlen die Arbeiter und Angestellten allein an Lohnsteuer 800 Millionen. Die

Kapitalisten zahlen dagegen nur 100 Millionen an Körperschaftssteuer und 600 Millionen an Vermögenssteuer. Der Rest ist für die Einkommensteuer (600 Mill.) und die Gewerbesteuer (220 Mill.) veranschlagt. Die Umsatzsteuer ist mit einer Milliarde und die Verbrauchssteuer (Tabak, Bier, Wein usw.) mit 1,6 Milliarden veranschlagt.

Aus diesen Zahlen kann jeder Arbeiter und Angestellte ersehen, daß dem sinkenden Realeinkommen der Massen immer höhere Steuern gegenüberstehen, während sich die steigenden Profite der Kapitalisten und Großbauern im Steuerbudget nicht auswirken. Stika (SP) sagte hiezu im Nationalrat: "Die Krönung der Steueransätze ist die Lohnsteuer, die sich seit dem Jahre 1947 verfünffacht hat. In Wirklichkeit tragen also die finanziellen Lasten die Arbeiter und Angestellten, die damit auch das finanzielle Fundament des Staates sind. Die Kreise, die immer über zu große Belastung schreien, mögen zur Kenntnis nehmen, daß sie nur ein Fünftel der Steuerlasten tragen." ("A.Z." vom 28.11.48)

Das sind richtige Worte eines SP-Nationalrates und auch die KP-Nationalräte sprechen manchmal ähnlich. Aber durch Worte allein ändert sich im Klassenkampf nichts. An dem heutigen ungünstigen Kräfteverhältnis zwischen Arbeiterklasse und Bourgeoisie, das sich hier im Budget des kapitalistischen Staates ausdrückt, könnte nur eine revolutionäre Politik etwas ändern.

Sind SP- und KP-Führung imstande,
revolutionäre Politik zu treiben?

1945, als die Gegensätze zwischen dem Weltimperialismus und der Sowjetunion (SU) noch nicht so offen zutage traten wie heute und SP und KP in fast allen Ländern Europas zusammen in kapitalistischen Koalitionsregierungen saßen, versuchten SP- und KP-Bürokratie der Arbeiterklasse einzureden, daß sie beide für dasselbe Ziel, den Sozialismus, kämpften, daß sie sich nur dadurch, daß die SP für den demokratischen während die KP für den radikalen Weg zum Endziel eintrete, unterschieden. Diese gegenseitige Anerkennung als sozialistische und als Arbeiterpartei dauerte aber nicht lange. Je schärfer die Gegensätze des anglo-amerikanischen Imperialismus und der SU aufeinanderprallten, desto schärfer begannen sich auch SP und KP zu bekämpfen. Die SP-Bürokratie ist heute soweit, daß sie den Arbeitern erklärt, sie müßten die Zusammenarbeit mit der ÖVP derjenigen mit der KP vorziehen. In Frankreich wieder ist die KP soweit, daß sie mit de Gaulle zusammen gegen die sozialistisch-bürgerliche Koalitionsregierung stimmt. Die SP-Bürokratie bezeichnet die KP-Politik als faschistisch, die KP bezeichnet die SP-Politik als gaullistisch.

SP- und KP-Führung tragen diesen Konkurrenzkampf in die gesamte Arbeiterbewegung. So auch in die Gewerkschaften, diese wichtigsten Massenorganisationen der Arbeiterklasse. In Frankreich sind die Gewerkschaften bereits gespalten. Der Weltgewerkschaftsbund ist von der Spaltung bedroht.

Welches sind nun die Wurzeln des Konkurrenzkampfes zwischen SP und KP im Lager der Arbeiterklasse? Der Charakter einer Partei wird nicht bestimmt nach der Zusammensetzung ihrer Parteimitglieder, sondern nach den Interessen, denen die Politik der Führung dient.

Und welchen Interessen dient die Politik der SP- und KP-Bürokratie? Es sind die Interessen von entarteten Bürokratien, deren Wurzeln einerseits in der Zusammenarbeit mit dem "demokratischen" Teil der Bourgeoisie und andererseits im russischen Nationalismus der unter Stalins Führung entarteten SU zu suchen ist.

Die Politik von SP- und KP-Bürokratie dient auf keinen Fall den Interessen der Weltarbeiterklasse, deren Grundinteresse das des unversöhnlichen, internationalen, revolutionären Klassenkampfes gegen die Bourgeoisie ist. Die SP-Bürokratie ist nur dann für den Klassenkampf gegen die Bourgeoisie, wenn die Bourgeoisie von der Zusammenarbeit nichts wissen will, wie in Österreich zwischen 1934 und 1945 und in Deutschland unter Hitler. Die KP-Bürokratie, die wir auch Stalinbürokratie nennen können, ist wieder nur dann für einen beschränkten Klassenkampf, wenn in dem betreffenden Lande die Bourgeoisie von einer außenpolitischen Zusammenarbeit mit der SU nichts wissen will. In einem solchen Falle, wie vor kurzem in Frankreich, benützt sie die Kampfkraft der Arbeiterklasse, um ihr russisch-nationales Ziel, die außenpolitische Zusammenarbeit, von der Bourgeoisie zu erpressen, wenn auch die Arbeiterklasse dabei Niederlage auf Niederlage erleidet.

Dieser Blick über Österreich hinaus war notwendig, um zu zeigen, daß weder hier noch dort SP- und Stalinbürokratie imstande sind, revolutionäre Klassenpolitik des Proletariats zu treiben. Das Resultat ihrer Politik ist Verwirrung, Demoralisierung und Spaltung in den Reihen der Arbeiterklasse.

Nur der revolutionäre Klassenkampf gegen die Bourgeoisie kann die Lage der Arbeiterklasse verbessern!

Dank SP-, KP- und Gewerkschaftsspitzen ist es der Bourgeoisie gelungen, die Folgen und Kosten des zweiten Weltkrieges auf die Massen abzuwälzen. Der katastrophale Tiefstand des Reallohnes der Arbeiter und Angestellten ist der Gradmesser des Tiefstandes der Arbeiterklasse. Die steigenden Profite und die Prasserei der Kapitalisten und Großbauern ist der Gradmesser der Machtlosigkeit der Arbeiterklasse.

Die Gewerkschaften, die bei uns im ÖGB zusammengefaßt sind, sind der geeignete Boden, auf dem die Arbeiter für ihre unmittelbaren Interessen, ihre Tagesinteressen kämpfen und mobilisiert werden können. Unter den heutigen Bedingungen des entwickelten Kapitalismus sind alle Tagesinteressen der Arbeiter und Angestellten (Erhöhung des Reallohnes, Verbesserung der Arbeitsbedingungen usw.) den Interessen der Kapitalisten entgegengesetzt. Eine Erhöhung des Reallohnes auf Kosten der Kapitalisten bedeutet den ersten Schritt zum revolutionären Klassenkampf, denn letzten Endes kann auf die Dauer ein solcher Erfolg nur mit revolutionären Mitteln behauptet und ausgebaut werden.

Wir revolutionären Betriebsarbeiter treten offen mit unseren Ansichten in den Betrieben und in den Gewerkschaften auf. Wir verschweigen niemals unsere Ziele, das darf uns aber niemals hindern, mit den Arbeitern für deren unmittelbarste Interessen zu kämpfen. Indem wir in der ersten Reihe an ihren Kämpfen teilnehmen, zeigen wir ihnen Schritt für Schritt den Weg nach vorwärts.

Wir haben während der Verhandlungen um den Lohn- und Preispaakt Nr. 2 im September, uns auf die bisherigen Erfahrungen stützend, die Forderung nach der

GLEITENDEN LOHNSKALA (INDEXLOHN)

und nach der

GLEITENDEN STUNDENSKALA (INDEXARBEITSZEIT)

aufgestellt. Das Ergebnis des Lohn- und Preispaktes Nr. 2 hat uns recht gegeben: die Preise steigen weiter und als Folge der weiter gesenkten Kaufkraft und der "Rationalisierungsmaßnahmen" droht das Gespenst der Arbeitslosigkeit. Beide Losungen haben somit aktuelle Bedeutung. wir müssen sie immer wieder vorbringen und von

den Betriebsräten und Gewerkschaftsvertretern verlangen, daß sie in die Kollektivverträge und anderen Abkommen mit den Unternehmern aufgenommen werden. Eine Aufnahme der GLEITENDEN LOHNSKALA in den Lohn- und Preispaakt Nr. 2 hätte es den Unternehmern unmöglich gemacht, die 6%ige Lohnerhöhung durch weitere Preissteigerungen hinfällig zu machen.

Die Fortsetzung der kapitalistischen Rauboffensive durch und nach dem Lohn- und Preispaakt Nr. 2 hat wieder zu neuen Lohnbewegungen geführt. Teile der Lebensmittelarbeiter und die Textilarbeiter kämpften und kämpfen um ein Nachziehverfahren. Die öffentlichen Angestellten, diese Hungerleider mit Pensionsberechtigung, treten mit der Forderung nach dem 13. Monatsgehalt auf. Die Führung im ÖGB hat sich nun diesen sporadischen Bewegungen gegenüber eine eigene Taktik zurechtgelegt: Sie ist bereit, die Forderungen einzelner Gruppen und Sparten anzuerkennen und auch den Unternehmern gegenüber durchzusetzen. Die Gewerkschaftsbürokraten sind bereit, durch Konzessionen und Konzessionchen die Massen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Angestellten zu spalten und gegeneinander auszuspielen. Durch geschickte Regie verstehen sie es so einzurichten, daß die einzelnen Teilkämpfe unabhängig und nacheinander auftreten. Sie verstehen es auch, jede Solidarisierung und Ausbreitung der Kämpfe im Keime abzuwürgen. Die Erfahrung mit dem Schuharbeiterstreik im Frühjahr 1948 steckt der Gewerkschaftsbürokratie noch in den Gliedern. Nichts fürchtet sie mehr, als Kämpfe, die sich so weit ausbreiten, daß sie die Kontrolle darüber verlieren könnte. Denn das ist der größte Schreck für jede Bürokratie, wenn die kämpfenden Massen ihre Kontrolle abschütteln und weiter gehen als sie es wünscht.

Ein ähnliches Spiel treibt die Stalinbürokratie z.B. mit den von ihr beherrschten Gewerkschaften in Frankreich. Sie läßt eine Gewerkschaft, eine Berufsgruppe nach der anderen streiken, ängstlich vermeidend, daß die Kämpfe sich verallgemeinern und in den entscheidenden Generalstreik münden. Der Grund für dieses Verhalten der stalinistischen CGT-Bürokratie ist derselbe wie bei der ÖGB-Führung: die Angst, bei Ausweitung der Kämpfe die Kontrolle darüber zu verlieren. Welchen Wert hätte für die Massen auch eine Bürokratie, von der sie im Laufe der Kämpfe die Erfahrung machen, daß es ihr gar nicht um die Interessen und Ziele der Massen zu tun ist, sondern daß sie nur deren Kampfkraft für eigensüchtige bürokratische, dem Kreml dienende Interessen ausnützt. Und in Österreich spielt sich, wenn auch in anderen Formen, dasselbe ab.

Diesem Verhalten der Gewerkschaftsbürokratie müssen die fortgeschrittenen Arbeiter in den Betrieben und Gewerkschaften mit der Propaganda für den geschlossenen Kampf aller Gewerkschaften im ÖGB gegen die kapitalistische Rauboffensive entgegentreten.

Unsere Losung

PROLETARISCHE KAMPFEINHEIT IM BETRIEB FÜR DIE ERHÖHUNG DES REALLOHNES

muß immer wieder in den Vordergrund gestellt werden. Es ist die einzige Möglichkeit, um die Spaltungstendenzen, welche SP- und KP-Bürokratie in die Gewerkschaften tragen, zu überwinden. Der gemeinsame Kampf von sozialistischen, kommunistischen und parteilosen Arbeitern gegen den Klassenfeind wird die Gewerkschaftsbürokratie zwingen, für die Teilinteressen der Arbeiter einzutreten, will sie nicht deren Gefolgschaft verlieren. Die proletarische Kampfeinheit kann nur dann ihren Zweck erfüllen, wenn sie auf dem Boden der Arbeiter-Demokratie gebildet wird, wenn sie nicht von den Bürokraten aller Schattierungen ausgenutzt werden kann. Das Recht auf Kritik und freie Meinungsäußerung muß dabei jeder Arbei-

terpartei, jeder Gruppe und jedem einzelnen Arbeiter jederzeit zustehen.

Nicht nur die Forderung der GLEITENDEN LOHNSKALA, sondern auch die Forderung nach der

KONTROLLE DER PRODUKTION UND DER VERTEILUNG DURCH DIE BETRIEBSRÄTE UND GEWERKSCHAFTEN

haben wir bereits im September und schon früher anlässlich des Schuharbeiterstreiks aufgestellt. Auch diese Losung hat aktuellste Bedeutung. Durch eine konsequente Kontrolle in den Betrieben können die Arbeiter wirksam der Preistreiberei und Hintenherumwirtschaft der Kapitalisten entgegentreten. Es vergeht fast kein Tag, an dem SP, KP und Gewerkschaften nicht gegen die hohen Preise protestieren. Tausendmal besser als alle papierernen Proteste ist die Kontrolle in den Betrieben. Die Betriebsräte in den Großbetrieben haben das gesetzliche Recht dazu und alle anderen Arbeiter müssen dazu erzogen werden, den Kapitalisten auf die Finger zu klopfen, ihnen keinen Schritt weit zu trauen. Die Arbeiter in den Werkstätten müssen hier mit den Angestellten in den Büros, die in die kaufmännische Gebarung Einblick haben, aufs engste zusammenarbeiten. Eine gut organisierte und wirksame Betriebskontrolle ist der erste Schritt zur Übernahme der Betriebe durch die Arbeiter und Angestellten selbst.

Die revolutionären Betriebsarbeiter müssen es verstehen, unsere Losungen, die an die unmittelbarsten Erfordernisse des Kampfes der Arbeiterklasse anschließen, praktisch anzuwenden. Es geht nicht darum, gute Losungen wie die zehn Gebote auswendig zu lernen, sondern vor allem darum, praktische Schritte im Sinne der PROLETARISCHEN KAMPFEINHEIT, in Richtung der BETRIEBSKONTROLLE zu machen. Die proletarische Kampfeinheit z.B. wird nur dann zur alles besiegenden Aktion der Massen gegen den Klassenfeind werden, wenn sie vorher in tausend Einzelfällen, in jedem einzelnen Betrieb organisiert worden ist und wenn sie sich vorher in so und so vielen Einzel-, Teilaktionen bewährt hat.

Es ist die Aufgabe der fortgeschrittensten, der revolutionären Arbeiter: Ihren Klassengenossen im Kampfe voranzugehen, sie zu lehren, sie zu führen in jedem einzelnen Tageskampf bis zum revolutionären Sturz des Klassenfeindes, der Bourgeoisie.

Mitte Dezember 1948

Arbeitsgemeinschaft
revolutionärer Betriebsarbeiter

Zum "NEUEN VORWÄRTS" - Erwin Scharf wurde aus der SP ausgeschlossen. Er gibt jetzt ein Blatt heraus, den "Neuen Vorwärts". Das ist nur zu begrüßen. Zu lange schon haben die sozialistischen Arbeiter geschwiegen zu all' dem, was ihnen die Schärf und Helmer als "sozialistische" Politik vorsetzen. Nur konsequenter Klassenkampf kann die Lage ändern - und nicht Unterwerfung unter den Klassenfeind, unter die ÖVP! Scharf hat diesen Kampf aufgenommen. Das begrüßen wir und damit auch den "Neuen Vorwärts"! Wir sehen wohl, daß Scharf den Klassenkampfweg noch nicht mit voller Konsequenz beschritten hat. Aber die Erfahrung wird das ihre lehren. Was wir heute vor allem Erwin Scharf zurufen, das ist: Wenn Du wirklich dem Proletariat einen neuen Weg weisen willst, dann mußt Du Dich sowohl vom Reformismus als auch vom Stalinismus konsequent abgrenzen! Was das Proletariat braucht, ist eine von Reformismus und Stalinismus freie, wirklich revolutionäre, internationalistische Klassenpolitik, die auf die Errichtung der Arbeitermacht ausgeht - und nicht irgendeiner Bürokratie in den Sattel und zu fetten Pfründen verhilft! Möge der "Neue Vorwärts" mithelfen, diesen Weg dem Proletariat zu weisen!